

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 71. Ratssitzung vom 11. November 2019

1840. 2018/141

Weisung vom 18.04.2018:

Postulat von Andreas Kirstein betreffend Bericht über die institutionelle Neuordnung der städtischen Energieproduzenten, Energieverteiler und ihre Netzstrukturen, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Vom «Schlussbericht zur Organisation der Energieversorgung Stadt Zürich, Expertenbericht» vom 14. Dezember 2017 wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2016/321, von Andreas Kirstein (AL) vom 21. September 2016 betreffend «Bericht über die institutionelle Neuordnung der städtischen Energieproduzenten, Energieverteiler und ihre Netzstrukturen» wird als erledigt abgeschlossen.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferent:

Andreas Kirstein (AL): Die Weisung geht auf ein Postulat zurück, das von Andreas Kirstein (AL) am 21. September 2016 eingereicht wurde. Es forderte die Erstellung eines Berichts über die institutionelle Neuordnung der städtischen Energieproduzenten, Energieverteiler und ihrer Netzstrukturen. Die Spezialkommission Tiefbau- und Entsorgungsdepartement, Departement der Industriellen Betriebe (SK TED/DIB) hat sich beginnend mit der Sitzung vom 3. Juli 2018 intensiv mit dem Bericht des Stadtrats auseinandergesetzt. Im Hinblick auf die Erarbeitung einer Dachstrategie liess die SK TED/DIB ihre Beratungen allerdings vom 30. Oktober 2018 bis 14. Mai 2019 ruhen. Auf Antrag der SVP nahm die Kommission die Beratung am 26. März 2019 wieder auf. Die Weisung hat als Anhang einen 89 Seiten langen Expertenbericht mit dem Titel «Organisation der Energieversorgung der Stadt Zürich». Erstellt wurde er im Auftrag der Stadt Zürich, explizit als Antwort auf das Postulat. Die Autoren des Berichts sind die Zürcher Firmen econcept AG und BHP – Hanser und Partner AG. Sie haben sich bei der Erarbeitung des Berichts nicht nur auf den aktuellen fachlichen Stand der Expertenmeinungen verlassen, sondern dankenswerterweise auch zahlreiche Interviews mit relevanten Stakeholdern geführt – unter anderem auch mit dem Postulanten. Der Bericht stellt die Sachlage umfassend dar und auch die verschiedenen vorgeschlagenen Organisationsmodelle scheinen der Kommission sachgerecht und umfassend. Die Weisung des Stadtrats selbst fasst die wesentlichen Ergebnisse des Berichts zusammen und beschreibt die nächsten Schritte, die er plant. Der Entwicklung der verschiedenen möglichen Organisationsmodelle geht eine umfassende Analyse der Rahmenbedingungen der Energiemärkte und von den heute drei hauptsächlichsten Energieproduzenten – Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz), Energie 360° AG und der Geschäftsbereich Fernwärme von Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ Fernwärme) – voraus. Neben den Stärken ortet der Bericht

Schwächen. Es sind Schwächen bei der Überschneidung von Tätigkeiten und ungewollten Konkurrenzierungen, beziehungsweise Schwächen einer fehlenden übergeordneten strategischen und unternehmerischen Entscheidungskompetenz. Methodisch bewegt sich der Bericht in der Beurteilung der verschiedenen Modelle auf zwei Achsen. Die erste Achse ist der Service public im weiteren und engeren Sinn sowie der Markt, wobei die Übergänge zwischen den beiden Endpunkten der Achse teilweise fließend sind. Bei der zweiten Achse handelt es sich um einen Kriterienkatalog zu folgenden Aspekten: Kundensicht, politische Ziele und Mitbestimmung, strategische Führung und Governance, Unternehmensentwicklung und Risiken. Die Kommission schätzte die zwei Einordnungsachsen als zweckmässig ein, war sich jedoch nicht einig in Bezug auf die jeweilige Zuordnung der energierelevanten Aufgaben zum Markt beziehungsweise zum Service public. Folgende sieben Organisationsmodelle beleuchtet der Bericht näher und bewertet sie auf ihre Tauglichkeit in Bezug auf die genannten Kriterien. Das Modell 0 ist der Status quo. Das Modell 1 beinhaltet das Zusammenführen der Energieversorgung in ein Departement; das entspricht einem «Status quo plus», mit dem beispielsweise die ERZ Fernwärme in ein anderes Departement verschoben wird. Mit dem Modell 2 wird ein selbstständiges Verbundunternehmen gegründet. Mit dem Modell 3 wären es mehrere selbstständige Unternehmen. Mit dem Modell 4 werden eine oder mehrere städtische Dienstabteilungen für den Service public und Marktaktivitäten erstellt. Mit dem Modell 5 sind Dienstabteilungen nur für den Service public vorgesehen und selbstständige Unternehmen für Marktaktivitäten. Das Modell 6 entspricht dem Modell 5, wobei die Unternehmen für Marktaktivitäten für einen grösseren Aktionärskreis geöffnet werden. Der Bericht schlägt dem Stadtrat – ich vermute zum Leidwesen des Postulanten der sich Hoffnung auf das Modell 4 machte – vor, die Modelle 2, 3 und 5 weiterzuverfolgen. Der Stadtrat folgte weitgehend den Schlussfolgerungen des Berichts und schlägt folgendes, gestuftes Vorgehen vor. Zunächst soll eine Dachstrategie aus Eigentümersicht erarbeitet werden. Sie soll die Aspekte «Übergeordnete Aufgaben und Ziele», «Umfang der Tätigkeiten», «Form der Einflussnahme», «Ausgestaltung der Führung und Aufsicht» sowie «Organisationsmodell und allenfalls Rechtsformen» definieren. Einen Einfluss darauf wird auch das sich seit einiger Zeit in Arbeit befindende Modell des Finanzdepartements der Corporate Governance der städtischen Beteiligungen haben. Wir hoffen, dass es in absehbarer Zeit dem Rat vorgelegt werden kann. Die Dachstrategie soll sich gemäss dem vorliegenden Bericht auf drei strategische Grundsätze stützen. Es handelt sich hier um die Meinung des Stadtrats. Der erste Grundsatz beinhaltet die Trennung der strategischen und operativen Führung. Der zweite Grundsatz umfasst eine starke Koordination im Energiebereich. Der dritte Grundsatz beinhaltet die Minimierung der Risiken der öffentlichen Hand im marktorientierten Energiesektor. Wenn diese Grundsätze erfüllt sind, sollen folgende Schritte folgen: Das Organisationsmodell und die Rechtsform werden festgelegt und abhängig von der Eingriffstiefe wird der entsprechende Transformationsprozess gestaltet. Parallel dazu werden niederschwellige Vorschläge des Berichts des Stadtrats direkt in die Umsetzung gegeben. Die Kommission hat zu folgenden Punkten Zustimmung gegeben: das Zusammenlegen von Planung und Betrieb der Energielösungen, das Prüfen von Synergien im Bereich Metering und Billing, das Zusammenführen der Aktivitäten der E-Mobilität, die Reduktion von Haftungsrisiken bei Solidarhaftungen bei Kernenergieanlagen und schliesslich die Koordination der Fern-

wärme und des Gasnetzes. Aus Sicht der Kommission sind der Bericht und die nachfolgenden Massnahmen des Stadtrats umfassend, sachgerecht und als Grundlage für die notwendige weitere Diskussion geeignet. Uneinigkeit besteht in der Kommission einerseits über die Empfehlungen der einzelnen Organisationsmodelle und andererseits über die Einschätzung der Trennbarkeit von strategischer und operativer Führung auf der einen und damit der Governance auf der anderen Seite. Der Bericht konnte bereits während der Beratung in der Kommission den Gemeinderat zu Vorstössen beflügeln; die Kommission wartet gespannt auf die Resultate der Dachstrategie.

Weitere Wortmeldungen:

Markus Kunz (Grüne): Aus verschiedenen Gründen dauerte die Behandlung dieses Geschäfts relative lange. Einer unter vielen Gründen war das Abwarten der Dachstrategie, die uns infolge einer materiellen Korrelation bei der Beratung geholfen hätte. Das war auf der einen Seite nicht ideal für die Behandlung in der Kommission, auf der anderen Seite aber richtig, dass diese Zeit in Anspruch genommen wurde. Die Dynamik im Energieversorgungs- und im Energieverbrauchsbereich ist überaus gross. Bezüglich des Netto-Null-Ziels ist es fraglich, ob die bisherigen Vorschläge in der Antwort zum Postulat von Andreas Kirstein (AL) überhaupt genügen – die Entwicklung steht bereits wieder an einem anderen Ort. Darum reichten wir weitere Vorstösse ein. Besonders wichtig ist die Motion «Energieversorgungsverordnung», in der wir auf eine entscheidende Lücke eingehen. Es kann nicht sein, dass im Wärme- und Kältebereich keine Leistungs- oder Versorgungspflicht seitens der öffentlichen Hand besteht. Das gesamte Themengebiet ist nicht nur eine stadträtliche Aufgabe, obwohl die Verwaltungsorganisation per Gesetz tatsächlich lediglich beim Stadtrat liegt. In Anbetracht dieser thematischen Gewichtigkeit und des dynamischen Wandels ist es etwas, das uns alle betrifft und wir Mitsprache haben müssen. Gewisse Player in diesem Spiel haben sich in der Zwischenzeit stark verändert. Ein Beispiel dafür ist Energie 360°, die sich weiterhin stark verändern wird: Man muss bedenken, dass 90 Prozent ihres Umsatzes mit Gas gemacht wird. Eine fundamentale Neuordnung in der Energieversorgung ist notwendig. Dass das Postulat abgeschrieben wird, bedeutet nicht, dass das Thema abgeschlossen ist. Es handelt sich vielmehr um einen Startschuss in eine komplexe, wichtige und tiefe Weiterarbeit.

Dubravko Sinovcic (SVP): Die SVP nimmt erfreut zur Kenntnis, dass sich der vorliegende Bericht kritisch zu den Verstrickungen der marktwirtschaftlichen Tätigkeiten auf der einen Seite und der Politik und dem Staat auf der anderen Seite äussert und auch eine gewisse Entflechtung fordert. Auch die SVP fordert das. Unsere Meinung ist, dass sich die öffentliche Hand auf die Erfüllung ihrer Kernaufgaben konzentrieren sollte. Es kann nicht sein, dass Departemente unter Vorwänden aufgebläht werden und Staatsbetriebe entstehen, die die freie Marktwirtschaft konkurrenzieren und in gewissen Bereichen sogar abwürgen. Ich verstehe, dass es für die Ratslinke sehr begrüssenswert ist, wenn Konzerne aufgebaut werden, die der Stadtrat führt und bei denen der Gemeinderat Mitsprache hat. Unserer Ideologie entspricht das keineswegs. Die freie Marktwirtschaft fördert Innovation viel mehr als der Staat. Sie fördert Kundenorientiertheit und

Preisgünstigkeit. Zusätzlich werden Arbeitsplätze geschaffen und Steuereinnahmen generiert. Der Bericht dient dem Stadtrat als Arbeitsgrundlage. Ich bin froh, dass wir ihn endlich verabschieden und dem Stadtrat ein deutliches Signal geben konnten. Auch ich bin der Meinung, dass es sich um den Startschuss für weitere Arbeiten handelt. Es bestehen verschiedene Möglichkeiten, den Bericht zu interpretieren. Vor allem bei der Definition des Service public im weiteren Sinn werden wir sehr differente Meinungen haben. Die SVP ist diesbezüglich zurückhaltend; der Bericht inspirierte uns für einen Vorstoss, den wir heute als Denkanstoss einreichten. Er bezieht sich auf einen Teilbereich des ewz.

Michael Kraft (SP): *Die heutige Weisung ist unbestritten, auch wenn wir es stimmiger gefunden hätten, auf die angekündete Dachstrategie zu warten. Inhaltlich und politisch ist es notwendig, dass noch einige Worte über diese Situation verloren werden. Bevor die Organisation und Strukturen der städtischen Energieversorgungsunternehmen diskutiert werden, ist es aus unserer Sicht zentral, auch inhaltliche Aspekte in den Vordergrund zu stellen. Was müssen diese Unternehmen leisten? Aus Sicht der SP-Fraktion stehen drei Aspekte im Zentrum. Erstens ist es die Versorgungssicherheit. Die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt müssen zuverlässig, sicher und in einem angemessenen Kosten-Nutzen-Verhältnis mit den notwendigen Energieformen versorgt werden. Diesbezüglich ist Zürich gut aufgestellt. Der zweite Aspekt betrifft die Ökologisierung und die Energiewende. Das Parlament und die Bevölkerung haben ihren Willen bereits in verschiedenster Form Ausdruck verliehen. Einiges geschieht bereits, aber wenn die hochgesteckten Ziele erreicht werden sollen, braucht es deutlich mehr; beispielsweise bei der Dekarbonisierung der heutigen Energieformen oder den Investitionen in Photovoltaik beim Ersatz von fossilen Heizungen. Der dritte Aspekt betrifft die demokratische Kontrolle, insbesondere auch die Kontrolle durch den Gemeinderat. Dabei geht es um verschiedene Überlegungen; angefangen bei der soeben erwähnten Energiewende und dem politischen Einfluss auf ihr Voranschreiten bis hin zu den Anstellungsbedingungen, aber auch um grundsätzlich demokratiepolitische Überlegungen. Diese drei Grundsätze müssen für die SP-Fraktion im Zentrum der Diskussion stehen. Die konkreten Ausgestaltungen der Organisation, der Struktur und letztlich auch der Rechtsform sind sodann eine zweite, dritte und vierte Frage. Gewisse Modelle aus dem Bericht sind mit diesen Grundsätzen schwierig in Übereinstimmung zu bringen oder widersprechen ihnen sogar. Ein Modell, das den Service public im engsten Sinne in der Stadtverwaltung behält und sämtliche Marktaktivitäten auslagert, wäre aus unserer Sicht äusserst gefährlich für unsere Energieunternehmen und wird in unserer Fraktion auf wenig Gegenliebe stossen. Umgekehrt glauben wir, dass es sich lohnen wird, das Modell 4 – die städtischen Dienstabteilungen für Service public und Marktaktivitäten – nochmals genauer zu betrachten und in Varianten zu denken. Neben der Erfüllung der erwähnten Grundsätze muss es ein weiteres Ziel sein, die bestehende Schnittstellenproblematik, Überschneidungen und Konkurrenzierungen abzubauen. Das lässt sich mit mehreren Modellen erreichen. Schaut man über den heutigen Abend hinaus, muss festgestellt werden, dass wir uns in einem Vakuum befinden. Der Bericht liegt seit eineinhalb Jahren vor, wie der Stadtrat jedoch weitergehen will, steht in den Sternen. Es fehlt die angekündete Dach- oder Eigentümerstrategie; es fehlt eine klare Strategie, wie die einzelnen Energieversorgungsunternehmen der Vision von «Netto Null» CO₂-Ausstoss und den Klimazielen von*

Paris näher kommen wollen; es fehlt die erwähnte Energieversorgungsverordnung, die als rechtliche Grundlage dienen und eine demokratische Abstützung und Mitsprache des Gemeinderats gewährleisten sollte. Wir nehmen heute einen Bericht zur Kenntnis, der grundsätzlich eine richtige und gute Auslegeordnung vorlegt, selbst, wenn wir nicht mit allen Schlussfolgerungen einverstanden sind. Heute haben wir jedoch nichts zu entscheiden. Im Energiebereich kommen grosse Herausforderungen auf uns zu – durch veränderte Rahmenbedingungen und durch Klimakatastrophen. Ich wünsche mir, dass der heutige Abend ein Startpunkt dafür ist, wie der Energiebereich in der Stadt zukünftig optimal organisiert werden kann – und zwar so, dass er seine wichtige Aufgabe zuverlässig, ökologisch und mit breiter demokratischer Abstützung wahrnehmen kann.

Marianne Aubert (SP): Ein weiterer Aspekt des Berichts ist unserer Meinung nach, dass wir bei jeder Weisung aus dem Energiedepartement wieder von Neuem anfangen müssen, über die Besitzverhältnisse und über die Aufgabenteilungen zwischen den drei Unternehmen zu diskutieren. Das führt jedes Mal zu einer Wiederholung der gleichen Fragen. Die drei Direktoren kommen personell glücklicherweise gut miteinander aus. Es kann aber nicht sein, dass ein gesamtes System davon abhängt. Das muss auf einer anderen Ebene geregelt werden. Wir brauchen eine zukunftsfähige Lösung für die drei Unternehmen ewz, Energie 360° und ERZ Fernwärme. In der Zukunft muss es weniger Reibungsflächen und weniger Konkurrenz geben. Es kann nicht sein, dass darüber gestritten wird, wem das Netz gehört und wer gewisse Leistungen erbringt. Diese Situation muss bei jeder Energie-Weisung erneut diskutiert und verhandelt werden. Der Gesamtbericht entspricht einer wunderbaren Auslegeordnung und zeigt uns in einer guten Art, was wir nicht wollen: Dass die gesamten Kosten und der gesamte Betriebsaufwand bei der Stadt und der gesamte freie Markt mit allen Gewinnen bei den privaten Unternehmen liegt. Das ist unserer Meinung nach eine falsche Aufteilung.

Guido Hüni (GLP): Die Diskussion zeigt exemplarisch, dass wir relativ lange über ein unbestrittenes Geschäft sprechen, das jedoch sehr bestritten in der Sache ist. Angefangen hat es mit der Weisung, bei der es um die Ausgliederung des ewz in eine öffentlich-rechtliche Anstalt ging. Wir hatten nie die Gelegenheit, dies zu diskutieren, da der Rat aus unterschiedlichen Gründen nicht willig war, in das Geschäft einzusteigen. Es war die unheilige Allianz zwischen links und rechts; der linken Ratsseite ging es viel zu weit, der rechten zu wenig. Wir in der Mitte waren kompromissbereit und hätten Hand für eine praktikierbare Lösung geboten, wurden jedoch im Regen stehengelassen. Von der SP wurde genannt, dass vor allem die Versorgungssicherheit im Vordergrund stehen sollte. Sie steht jedoch jetzt bereits im Vordergrund und wird erfüllt – auch unabhängig von der Organisationseinheit. Unabhängig davon, wie die Organisationseinheit umgestaltet wird, erfüllen die drei genannten Unternehmen ihre Aufgabe heute ziemlich gut. Im Rat lässt sich auch eine Mehrheit finden, die der Meinung ist, dass die Unternehmen einen wesentlichen Beitrag bei der Umsetzung der Energiestrategie 2050 leisten sollen. Das gilt darüber hinaus auch für die im Gemeinderat beschlossene Verschärfung mit dem Ziel, die CO₂-Emissionen bis ins Jahr 2030 auf «Netto Null» zu senken. Diese Ziele sind wichtig. Bei dieser Umsetzung jedoch im Vorhinein zu sagen, dass der Verlust der demokratischen Kontrolle und der politischen Einflussmöglichkeit im Vordergrund stehen

sollten und dass damit die zum Erfüllen dieser Ziele beste Organisationsform ausgeschlossen werden sollte, das stelle ich in Frage. Unser Einfluss darf nicht über die Zielerfüllung gestellt werden. Auch wir sind gespannt auf die Dachstrategie. Sie wird uns als Schlüssel dienen und die Möglichkeit geben, unsere Rolle auf der strategischen Ebene einzunehmen und Weichen zu stellen. Die Überschneidung der Geschäftsfelder müssen wir verhindern. Es darf nicht sein, dass die Unternehmen mit unterschiedlich langen Ellen agieren, wie das heute der Fall ist. Die grosse Frage, die wir uns stellen müssen, betrifft das Gas. Wollen wir am Gas festhalten oder soll es abgestossen werden? Das sind die grossen Stossrichtungen, über die wir entscheiden müssen. Die Umsetzung, ob die Form mehr in unserer demokratischen Kontrolle liegt oder ob wir sie mit entsprechenden Steuerungsgrössen steuern wollen, das ist zweitrangig.

Andreas Kirstein (AL): Der Bericht ist äusserst lesenswert. Von den über 80 Seiten sollte man nicht abgeschreckt werden. Er ist gut strukturiert und beschreibt sowohl die Ausgangslage wie auch das energiepolitische Umfeld und die möglichen Organisationsformen umfassend und klar. Meiner Meinung nach hat sich die Frage nach der Steuerung der Energieversorgung und der Verteilung im Zuge der Beschleunigung der globalen Erwärmung seit dieser Berichtserstellung nochmals deutlich akzentuiert. Die im Zuge der beschleunigten Erderwärmung zu treffenden Massnahmen müssen schneller getroffen werden, als wir uns das vorstellten und sie müssen umfassender sein, als wir bisher vermuteten. Das betrifft nicht nur, jedoch insbesondere, den Energiesektor. Er trägt eine Hauptlast in der Transition in eine CO₂-neutrale Zukunft. Die verschärfte Notwendigkeit der Steuerung des Energiesektors ruft nach einer starken, ordnenden Hand, die die Strategien und die Roadmap auf dem Weg hin zu einer CO₂-«Netto Null»-Zukunft im Jahr 2030 einheitlich aus einer Hand vorgibt. Weiteren marktwirtschaftlichen Experimenten muss eine klare Absage erteilt werden. Auf nationaler und kantonaler Ebene muss der Staat einen deutlichen gesetzlichen Rahmen für eine zukunftsfähige, CO₂-neutrale Energieversorgung abstecken. Die Aufgabe der kantonalen und in unserem Fall kommunalen Energieunternehmen ist es, unter direkter öffentlicher Kontrolle die dazu notwendige Roadmap abzuarbeiten. Ob dies durch eine detaillierte und kräftig ausformulierte Eigenstrategie erfolgt, oder direkt durch eine einheitliche Dienstabteilung, kann diskutiert werden. Die AL votiert allerdings deutlich für eine einheitliche Dienstabteilung. Nichts zu tun, ist definitiv keine Option. Rücksicht auf gewachsene Strukturen und sorgsam gehegte politische Gärtchen müssen hintenanstehen, wenn es um nichts weniger als die Zukunft überhaupt geht. Die Politik muss endlich auch organisatorisch deutliche Ziele vorgeben und die Verwaltung muss die Ziele unverzüglich exekutieren. Schaffen wir ein einheitliches, schlagkräftiges Energieunternehmen, das die Energie- und klimapolitischen Ziele der Stadt integral umsetzen kann und das damit nicht zuletzt durch seine Energiedienstleistungen auch Strahlkraft für die gesamte Schweiz entwickeln kann.

Michael Schmid (FDP): Als Ausgangspunkt dieser Diskussion muss man sich in Erinnerung rufen, dass die Strukturen der Energieversorgung alle aus dem letzten Jahrtausend stammen. Seither haben sich die technologischen und regulatorischen Rahmenbedingungen, sowie die Herausforderungen des Klimawandels fundamental geändert. Sie

werden sich auch weiterhin ändern. Das stellt die Stadt und insbesondere den Gemeinderat vor grosse Herausforderungen. Die Diskussion, die bereits in der Kommission und auch heute Abend geführt wurde, halte ich für sehr aufschlussreich. Allerdings ging es mir nicht so wie dem GLP-Referenten, der den Eindruck hatte, dass die linke und die rechte Seite aufeinanderprallen, während die GLP sich in der Mitte befindet und allen sagt, wie es richtig geht. Ich halte unsere Positionierung auf der bürgerlichen Seite nicht für die interessanteste heute Abend. Interessant war es, der rot-grünen Ratsseite zuzuhören. Es zeigte sich, dass trotz der vermeintlichen Einheitsbalance, die sich beispielsweise in der Klima-Allianz äusserte, erheblicher Diskussionsbedarf besteht. Die Diskussion wird heute nicht abgeschlossen; ein Meilenstein wird gesetzt und es muss intensiv weiterdiskutiert werden. Mit Freude hörte ich, dass die Versorgungssicherheit die erste Priorität für die SP ist. Auch bezüglich der zweiten Priorität, der Ökologisierung, ist interessant, den verschiedenen Voten der SP, Grünen und AL zuzuhören: Die AL versucht, sich an die Spitze der Klimabewegung zu stellen; der Fraktionspräsident der Grünen setzt locker das Netto-Null-Ziel bis ins Jahr 2030 als Grundlage. Ich muss die Rechtsgrundlage in Erinnerung rufen. Die geltenden Rechtsgrundlagen verlangen die 2000-Watt-Gesellschaft; bis ins Jahr 2050 ist eine Tonne CO₂-Ausstoss anzustreben. Ausserdem überwiesen wir dem Stadtrat verschiedene Vorstösse. Diesbezüglich ist nochmals zu überprüfen, was mittel- und längerfristig anzustreben ist. Bei der dritten Priorität, dem Service public, ist offenbar auch für die SP nicht vollständig klar, ob die Stadt alles, was sie heute macht, auch in Zukunft machen soll. Auch wird sich die Frage stellen, in welcher Rechtsform das geschehen wird – als Dienstabteilung oder in Form einer Aktiengesellschaft. Konkurrenz ist nicht zwingend ein Reibungsverlust. Sie kann auch neue Entwicklungen vorantreiben. Es muss deutlich unterschieden werden, was Reibungsverlust, was sinnvolle Konkurrenz und was sinnvolle Innovation ist – auch im Energiebereich. Bezüglich der Schnittstellenproblematik präsentierten wir bereits eine Lösung: Mit «7 statt 9» wäre ein wesentlicher Beitrag geleistet worden, verschiedene Schnittstellen zu beheben.

Walter Angst (AL): Diese Debatte ist gewissermassen auch eine Gespenster-Debatte: Vor drei Jahren schickten wir die Vorlage von STR Andres Türlér bachab und verlangten, dass das in eine andere Richtung gehen muss. Jetzt sitzt der Stadtrat die Sache aus und präsentiert eine Lösung, bei der wir die Strategie entwickeln müssen. Währenddessen schiebt der Stadtrat selbst alle Aufträge auf die lange Bank, die er laut dem Gemeinderat erfüllen müsste. Wir reichten ein Postulat bezüglich der Corporate Governance ein, das solche Fragen thematisiert. Diesbezüglich geschieht nichts. Wir gaben einen Auftrag zur Verwaltungsreorganisation und wir diskutierten im Rat, dass die Energiepolitik und die Energieorganisation ein zentrales Thema sein müssen. Der Stadtrat findet nun heraus, dass STR Andreas Hauri der Auftrag erteilt werden soll, den Chef der Energieplanung zu sein und 50 Vorstösse abzuarbeiten, von denen die Hälfte sinnlos ist. Dabei muss er dafür sorgen, dass kooperiert wird. Gleichzeitig bauen die beiden grössten Energieunternehmen zwei grosse Verwaltungszentren; damit werden Fakten für die nächsten 100 Jahre geschaffen. Und wir diskutieren hier diesen Bericht, ohne anzusprechen, was Sache ist. Wir müssen den Stadtrat zum Handeln veranlassen. Die Grünliberalen hoffen wahrscheinlich, dass sie die Mehrheitsverhältnisse ändern können

und dass die Diskussion über die Zukunft im Nachhinein stattfinden wird. Selbstverständlich ist es möglich, dass in der Energiewirtschaft viele Private auch einen Beitrag leisten. Wir wollen keine staatsmonopolistischen Unternehmen wie in der Gasindustrie. Wir wollen eine demokratisch kontrollierte Energiepolitik. Spätestens seit der Klimadebatte lief die Zeit des Zuwartens ab. Man kann sich nicht dahinter verstecken, dass zuerst eine grosse Strategie entwickelt werden müsse und daraus abgeleitet uns einige Brösel zugeführt werden in der Hoffnung, dass nach den nächsten Wahlen hier eine andere Mehrheit besteht. Es muss jetzt vorwärts gemacht werden, wenn die gegebenen Aufträge bezüglich «Netto Null 2030» ansatzweise umgesetzt werden sollen. Das Aussetzen soll nun beendet werden. Die drei Unternehmen arbeiten mitnichten sehr gut zusammen und müssen in einer guten Form zusammengeführt werden, damit eine strake Energiepolitik und die formulierten Ziele angestrebt werden können.

Dubravko Sinovcic (SVP): *Im Votum von Marianne Aubert (SP) hörte ich etwas höchst Alarmierendes heraus. Dass Gewinne bei den Privaten bleiben und alles andere, das kostet, bei der Stadt – das müsse dringend geändert werden; so der Tenor ihrer Aussage. Die linke Seite versteht nach Chávez und Konsorten und solchen Staaten wie Venezuela immer noch nicht, dass die Verstaatlichung von Unternehmen keine Lösung ist. Die Geschichte zeigte bereits unzählige Male, dass das nicht funktioniert. Der Bericht sagt denn auch das Gegenteil: Der Staat sollte Acht geben, wo er marktwirtschaftlich tätig ist. Dort muss er entflechten und die marktwirtschaftlichen Tätigkeiten und Risiken von der Politik entfernen. Bei der Aussage von Marianne Aubert (SP) handelt es sich nicht um etwas, das im Bericht festgehalten wird, sondern um eine äusserst linke sozialdemokratische Ideologie, die von der SP Stadt Zürich vertreten wird. Dass unter dem Deckmantel der Ökologie verlangt wird, dass marktwirtschaftliche Experimente beendet werden sollen, ist das, was wir stets an der aktuellen Bewegung kritisieren. Es geht nicht um Sachpolitik und Ökologie, sondern um das, was die AL-Vertreter stets rufen: «System Change, not Climate Change!» Mehr Staat, mehr Regulierung, mehr Gebühren, mehr Abgaben, mehr Entmündigung des Bürgers. Das ist nicht Inhalt des Berichts. Dass gewinnbringende Unternehmen durch den Staat erfolgen sollen, ist falsch. Marktwirtschaft hat in staatlicher Kompetenz nichts verloren. Der Staat und die Stadt haben sich nicht im Markt zu bewegen oder Geschäfte zu tätigen, die Gewinne abwerfen. Zürich muss sich auf die Infrastrukturleistungen konzentrieren, die sie zwingend erbringen muss. Das ist die Natur dieser Infrastrukturleistungen. Sie werfen keine Gewinne ab, weshalb sie vom Staat getätigt werden müssen. Darum erhebt der Staat Gebühren und Steuern. Diese müssen kostendeckend sein. Alles andere macht der Markt; das muss stricke getrennt werden.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: *Ein wichtiger Aspekt des Berichts ist, dass bevor etwas institutionell geordnet wird, eine vernünftige Problemanalyse getätigt werden muss. Das liefert dieser Bericht. Die drei Energieunternehmen der Stadt, ewz, Energie 360° und ERZ, sind aufgestellt, funktionieren und liefern täglich, was wir von ihnen verlangen. Das ewz und Energie 360° aus meinem Departement sorgen mit mehr als 1700 Mitarbeiterinnen*

und Mitarbeitern täglich für einen reibungslosen Betrieb. Auch für die Stadtkasse sind die beiden Betriebe gut unterwegs, im letzten Jahr lieferten sie wie bereits in den Vorjahren mehr als 100 Millionen Franken in Form von Ablieferungen oder Dividenden an die Stadtkasse ab. Alle drei verfügen über eine klare Unternehmensstrategie, die auf den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft basiert. Alle drei halten sich an die Energieplanung der Stadt. Für die Koordination zwischen den Betrieben schufen wir bereits vor Jahren eine Koordinationsstelle. Im letzten Jahr durften wir einige Kredite im Volk abholen; namentlich für den Ausbau der Fernwärme, was ein zentraler Baustein im Umbau der Wärmeversorgung ist. Die Ausgangslage des Berichts war, dass der Stadtrat einen Weg aufzeigte, wie das ewz in eine öffentlich-rechtliche Anstalt umgewandelt werden kann. Es ging nicht um eine Privatisierung, wie das vermehrt falsch kolportiert wurde, sondern lediglich um ein vernünftiges Rechtskleid. Darauf wollte der Gemeinderat nicht eingehen. Dafür liegt nun dieser Bericht mit der Problemanalyse vor. Er zeigt überzeugend, welche Modelle bei welchen Fragen welche Vorteile und Nachteile haben. Die Fragen betreffen die Konkurrenzfähigkeit und die Governance. Der Bericht unterscheidet, welche Bereiche mehr im Markt verordnet und marktwirtschaftlich zu organisieren sind und welche dem Service public zuzuordnen sind. Die Diskussion in der Kommission zeigte einen Nachteil des Berichts auf. Er führte zu einem Kastendenken. Es geht jedoch nicht darum, Kasten zu verschieben oder Kasten neu anzuhängen. Es geht darum, dass in meinen beiden Betrieben 1700 Menschen täglich ihren Beitrag und die gewünschten Massnahmen bezüglich der Klimawandel-Diskussion leisten können. Der Bericht zeigte auch auf, wo Handlungsbedarf besteht. Im Grundsatz sind die drei Unternehmen in verschiedenen Bereichen tätig. Dass es Überschneidungen gibt und das angegangen werden kann, zeigt der Bericht auf. Darum will der Stadtrat die Dachstrategie in Auftrag geben. Einige Voten erzeugten den Eindruck, dass wir in einem Beratungsbüro einen Auftrag erteilten und sagten, dass man sich in drei Jahren wieder melden sollte. So ist es selbstverständlich nicht. Der Stadtrat führte eine erste Debatte zur Dachstrategie bereits im Sommer und behandelte dort verschiedene Punkte. Ich gebe Walter Angst (AL) recht: Die hervorragende Überdachstrategie, die alle Probleme der Welt lösen sollte, gibt es nicht. Wir müssen klare Teile davon weiterverfolgen. Insbesondere hat sich während der Erarbeitung dieser Dachstrategie gezeigt, wo die Probleme liegen. In der Kommission wurde mir nicht klar, wo die drei Betriebe schlecht funktionieren sollten und wo Probleme bei der Umsetzung der 2000-Watt-Strategie bestehen. Die diesbezügliche Diskussion vermisse ich bisher. Einige Punkte wurden in der Zwischenzeit gefunden. Eine Sache betraf beispielsweise die Tarife bei der Fernwärme. Für den Stadtrat stehen drei Dinge im Zentrum. Einerseits müssen wir die Dachstrategie vielleicht neu als Eigentümerstrategie formulieren. Die Public Corporate Governance verschwand nicht in eine Schublade von STR Daniel Leupi. Das Gegenteil ist der Fall: Der Stadtrat verabschiedete letzte Woche die Richtlinien zur Public Corporate Governance. Dort wurde insbesondere festgehalten, dass wir für alle Unternehmen oder Beteiligten Eigentümerstrategien erstellen müssen; diese sollen auch aus dieser Dachstrategie herauskommen. Der zweite Punkt ist, dass das eigentliche Problem die Wärme- und Kälteversorgung auf Stadtzürcher Boden ist. Dort muss die Koordination vertieft werden. Der dritte Punkt ist, die Energieversorgungsverordnung wurde bei uns in Auftrag gegeben, die Motion wurde eingereicht und überwiesen. Selbstverständlich werden wir sie erfüllen; sie erlauben mir aber die zwei Jahre Zeit zu nutzen, die wir dafür haben. Eine

enge Koordination ist vor allem notwendig, wenn Gas zu Wärme transformiert werden sollte. Das bedingt eine enge Absprache zwischen den verschiedenen Werken. Die Diskussion um die Dachstrategie zeigte auch auf, dass es eine Gelegenheit für diese Koordination gibt. Die Diskussion führte uns auch dazu, uns zu fragen, wie wir etwas für die Energieversorgung machen können und nicht für die Organisationsstruktur. Am Ende kommt die Frage der eigentlichen Rechtsform. Insbesondere beim ewz wurden als Lösung Rahmenkredite beschlossen. Wir nehmen diese gerne an, da wir damit über die Flexibilität verfügen, um wirken zu können. Es sollte jedoch nicht angenommen werden, dass mit Rahmenkrediten mehr Governance als mit einer Ausgliederung entsteht. Mit Rahmenkrediten besteht nicht einmal die Möglichkeit, die einzelnen Tranchen zu betrachten. Diese Diskussion werden wir nochmals führen müssen, weil es insbesondere für die Teile, die sich im Markt befinden, eine Konkurrenzfähigkeit und eine Flexibilität braucht. Lieber Andreas Kirstein (AL), man kann schon sagen, man will keine Marktexperimente. Der Bericht zeigt jedoch, dass dann zwei Drittel der Werke verkauft werden können, da sie sich alle im Markt befinden. Über eine solche Forderung würde ich mich jedoch wundern. Flexibilität brauchten wir auch in Zukunft, da sich die Rahmenbedingungen im Energiebereich verschoben haben und sie werden sich weiterhin verschieben. Der Bundesrat hat in die Vernehmlassung gegeben: die Liberalisierung des Strommarkts und die Vernehmlassung für die Teilliberalisierung des Gasmarkts. Vor der Türe steht immer noch das Stromabkommen mit der EU. Für diese Fragen müssen wir uns aufstellen, brauchen Flexibilität und wollen einerseits die Handlungsfähigkeit haben, aber auch die Governance verstärken. Es muss verstanden werden, dass die Organisationsstrukturen uns eine Governance-Möglichkeit geben. Die Diskussion heute ist ein Startpunkt. Es braucht eine Eigentümerstrategie, es braucht eine Lösung, wie wir die Wärme- und Kälteversorgung koordiniert anbieten können und wir werden die uns in Auftrag gegebene Energieversorgungsverordnung liefern. Die drei Unternehmen sind gut aufgestellt, die Überschneidungen werden wir angehen, die Koordination wollen wir sicherstellen. So werden wir auch in Zukunft drei gut funktionierende Werke haben, in denen auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angeworben werden können, die es braucht, um innovativ in die Zukunft zu schreiten.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Andreas Kirstein (AL), Referent; Präsident Matthias Probst (Grüne), Vizepräsident Michael Kraft (SP), Marianne Aubert (SP), Niyazi Erdem (SP), Guido Hüni (GLP), Markus Kunz (Grüne), Elisabeth Schoch (FDP), Ronny Siev (GLP), Dubravko Sinovcic (SVP), Roger Tognella (FDP), Michel Urben (SP), Sebastian Vogel (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 116 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

11 / 11

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Andreas Kirstein (AL), Referent; Präsident Matthias Probst (Grüne), Vizepräsident Michael Kraft (SP), Marianne Aubert (SP), Niyazi Erdem (SP), Guido Hüni (GLP), Markus Kunz (Grüne), Elisabeth Schoch (FDP), Ronny Siev (GLP), Dubravko Sinovcic (SVP), Roger Tognella (FDP), Michel Urben (SP), Sebastian Vogel (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 116 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom «Schlussbericht zur Organisation der Energieversorgung Stadt Zürich, Expertenbericht» vom 14. Dezember 2017 wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2016/321, von Andreas Kirstein (AL) vom 21. September 2016 betreffend «Bericht über die institutionelle Neuordnung der städtischen Energieproduzenten, Energieverteiler und ihre Netzstrukturen» wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 13. November 2019

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat